

Der Industrie- und Handelstag hinter der Regierung Hitler

Der Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages hier am 3. April 1933 unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Dr. Grunb-Breslau eine Hauptausschuss-Sitzung ab, bei der der Präsident in einer Ansprache die Stellungnahme des Deutschen Industrie- und Handelstages gegenüber der Reichsregierung darlegte. Der Präsident führte u. a. aus:

In der Wahl vom 5. März hat sich in einer Willens-erhebung ohne Gleichen das deutsche Volk für die Regierung Adolf Hitler erklärt. Sein Ziel, das der endgültigen Befreiung Deutschlands und der Zusammenfassung der deutschen Stämme, Stände und Berufe zu dem einen deutschen Volk, ist auch unser Ziel. Wir vertrauen auf die Regierung, daß sie eine feste und sichere Grundlage des nationalen Lebens sein wird. Wir vertrauen auf ihren Führer, daß er, gestützt auf die seelische Macht, die er sich erungen hat, in staatsmännischer Arbeit das Ziel der Befreiung, der Kräftigung, des Aufstieges der Nation erreichen wird. Seine staatsmännische Rede vom 23. März hat uns Gewissheit gegeben, wie er den Frieden der Gleichberechtigung, der Würde und Ehre will und wie er alle, die guten Willens für ihr Volk sind, einen will. All das hat freudigen Widerhall gefunden, nicht zuletzt das Wort von der Verführung der zum Dienst an der Nation Bereiteten, ein Wort, das uns gleich wichtig erscheint im Hinblick auf die Opfer, die alle Kreise unseres Volkes im Kriege brachten, wie in Vorauschau auf die Aufgabe der Zukunft.

In der gleichen Rede hat der Reichskanzler auch die wirtschaftspolitischen Aufgaben des Staates umrissen. Wir wissen uns danach in der Betrachtung der großen Wirtschaftsfragen mit dem Reichskanzler ein. In diesem Sinne habe ich dem Herrn Reichskanzler in persönlicher Aussprache erklärt, daß die von uns vertretenen Unternehmen von Industrie und Handel, Schiffahrt, Banken und Verkehr sich vorbehaltlos zur freudigen Mitarbeit am nationalen Staat bekennen und bereit und entschlossen sind, an den Aufgaben der Erholung und Kräftigung der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands mitzuarbeiten.

Unsere Stellung der Regierung gegenüber kann daher keine andere sein als die von einem starken Willen getragene förderliche Mitarbeit. Das gebietet insbesondere ein Blick in das Ausland. Beweggründe und Ziele der deutschen Erhebung sind dort vielfach mißverstanden und, was schlimmer ist, entstellt und verzerrt worden. Diese Einstellung legt uns neben der Aufgabe, solchen Äußerungen entgegenzutreten, besondere Pflichten der nationalen Geschlossenheit und Zucht auf.

Voller Erfolg der Abwehraktion

Gegen die Hegepropaganda

An Berliner amtlicher Stelle herrscht der Eindruck vor, daß die Hege- und Greuelpropaganda gegen Deutschland im wesentlichen ein Ende gefunden hat. In einigen Zeitungen werden natürlich nach wie vor die üblichen Greuelmährchen vorgelesen, es handelt sich hierbei aber in der Hauptsache um Winkelblätter, die von jeher unangenehm aufgefallen sind. Man darf wohl feststellen, daß die deutsche Abwehraktion durchschlagend gewesen ist und im Ausland ihren Eindruck nicht verfehlt hat. Jedenfalls weiß man jetzt, daß wir nicht gewillt sind, widerstandslos die Flügelflut über uns ergehen zu lassen. Bis heute ist die Propaganda so weit abgeklaut, daß es nicht mehr nötig ist, erneut aktiv zu werden.

Unter Führung des Verbandes nationaldeutscher Juden und unter Mitwirkung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten sowie einer Reihe jüdischer Organisationen hat sich ein „Aktionsausschuß jüdischer Deutsche“ gebildet, der eine großzügige Aufklärungsarbeit in Angriff nehmen will, um der Hege gegen Deutschland im Ausland ein vollständiges und schnelles Ende zu bereiten.

Das Interesse im Ausland flaut ab

Entsprechend den Wünschen des amerikanischen Staatsdepartements und der führenden Kongreßmitglieder haben die amerikanischen Juden sich zum Stillstand gegen die gegenüber der Lage der Juden in Deutschland entschlossen. — Das Interesse Frankreichs an der Judenfrage in Deutschland flaut immer mehr ab. Nach einer Meldung des „Tempo“ soll der Kardinalerzbischof von Paris beim Pariser Großrabbiner gegen die Nachrichten von angeblichen „Judenverfolgungen“ protestiert haben. — In England ist mit Ausnahme kommunistischer Demonstrationen von einer Hege gegen Deutschland nichts mehr zu bemerken.

Ausbreitungen nur noch in Polen

Die deutschfeindlichen Kundgebungen in Ostoberschlesien dauern an. Es wurden wiederum Zeitungsstände in Katowitz nach deutschen Zeitungen durchsucht, die von den Händlern nicht mehr öffentlich ausgelegt werden. Vor dem Verlagsgebäude der „Kattowitzer Zeitung“ sammelte sich eine große Menschenmenge an, die Schmährchen gegen das Minderheitenblatt ausstieß. In Königshütte wurden an mehrere Gebäude und Geschäfte, die sich in deutschen Händen befinden, sowie an das deutsche Privatschulhaus Aufrufe geklebt, die mit Totenköpfen versehen waren und in denen gegen den Gebrauch der deutschen Sprache protestiert wird. In Teschen veranstalteten die Studenten der dortigen landwirtschaftlichen Schulen deutschfeindliche Kundgebungen. Sämtliche deutschen Zeitungen in den Raschewauern und Gostwitsch wurden entfernt und auf dem Ring unter dem Gesang des berüchtigten polnischen Liedes „Mota“ verbrannt. — Die Reichsregierung hat in Warschau und Prag protestiert.

Beauftragter für die Frankfurter Börse. Der kommissarisch mit der Führung der Präsidialgeschäfte der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. Main-Panau beauftragte

Dr. Ruer (NSDAP.) hat einen Sonderbeauftragten für die Frankfurter Börse ernannt. Beigegeben ist ein Beirat, dem drei Nationalsozialisten und drei Deutschnationale angehören. Dem Börsensyndikus wurde Rudolf Strobel, Effektenhändler der DD-Bank, kommissarisch beigeordnet, der sein Amt ehrenamtlich ausübt. Sämtliche bisherigen Mitglieder des Börsenvorstandes und der Maklerkammer zu Frankfurt a. Main wurden mit sofortiger Wirkung beurlaubt.

Deutsche Volkspartei strebt Neuorganisation an

Partei Vorstand und Reichsausschuß der DVP. faßten eine Entschliessung, in der es u. a. heißt: Die DVP. steht in den Reihen der unter Hindenburgs Führung wirkenden nationalen Front. Die nationale Regierung unter ihrem Reichskanzler Adolf Hitler bei ihrer schweren Aufgabe zu unterstützen, ist selbstverständliche Pflicht der DVP. Die alten bürgerlichen Parteien sind erschüttert. Ein neuer Geist fordert neue Formen. Die DVP. wird sich gern und ohne parteipolitische oder persönliche Eigenliebe in den Dienst neuer und größerer Zusammenfassungen der nationalen bürgerlichen Kräfte stellen und ihrerseits alle Bemühungen darauf richten, diese herbeizuführen.

Hierzu bemerkt die nationalliberale Korrespondenz u. a.: Sollte die nächste Zukunft zeigen, daß sich die Gedanken des Nationalliberalismus in einem anderen und größeren Rahmen erfolgreich verwerten lassen, so wird die DVP. bereit sein, auf eine eigene politische Form zu verzichten und sich um der vaterländischen Sache willen in ein größeres Organisationsgebilde einzuordnen.

„Kreuz und Adler“

Der neugegründete Bund katholischer Deutscher „Kreuz und Adler“ hat einen Aufruf erlassen, in dem unter anderem gesagt wird: „Aus der Erkenntnis der nationalen Notwendigkeit ist in diesen Tagen ein Bund katholischer Deut-

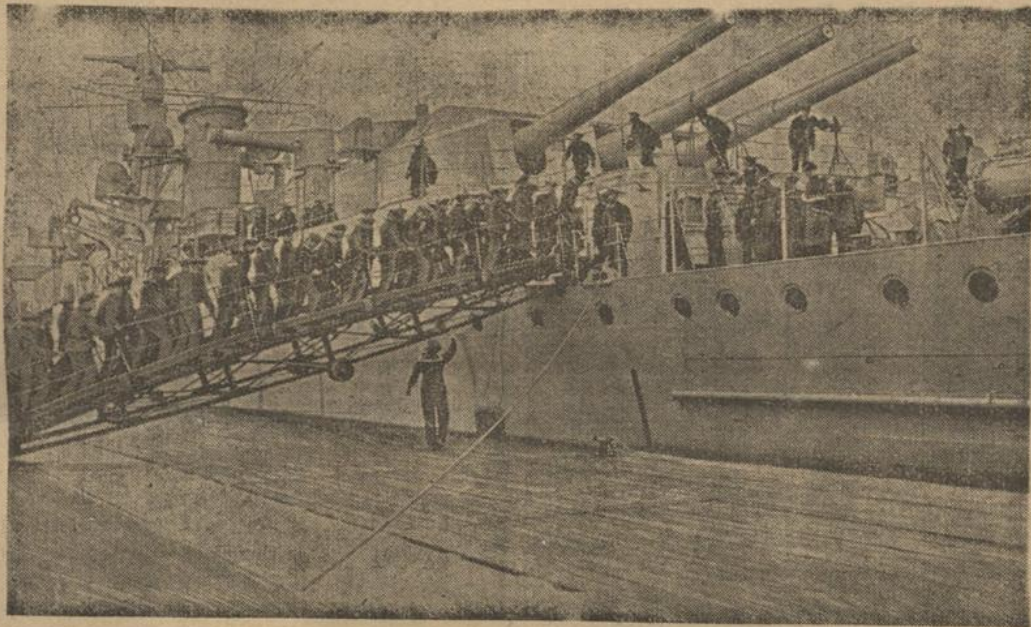
scher „Kreuz und Adler“ entstanden; sein sachungsmäßiger Zweck ist: den christlich-konserverativen Gedanken im deutschen Volke zu vertiefen, das Nationalbewußtsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Aufbau des kommenden Reiches eifrig zu fördern. Wir laden alle katholischen Deutschen ein, sich dem Bunde anzuschließen, sofern sie seine Ziele bejahen können.

Der Bund ist überparteilich, das heißt er fragt nicht nach der parteipolitischen Haltung seiner Mitglieder und verzichtet auf die den Parteien eigentümlichen Betätigungsformen. Sein Erfolg ist nicht an den Bestand der Parteien gebunden, die für das konservative Denken ohnehin zeitbedingte Gebilde sind. Unser Zukunftsglaube beruht darauf, daß sie von christlichem Erbgut und von der Idee des Reiches der Deutschen überdauert werden. Kreuz und Adler! — Protektor des Bundes ist Vizekanzler Franz von Papen.

Reichstagung „Deutscher Christen“

Im Berliner Herrenhaus fand in Anwesenheit von zahlreichen Ehrengästen, wie Oberpräsident Rube, Prinz August Wilhelm u. a., die Reichstagung „Deutscher Christen“ statt. Aus Anlaß der Tagung hielt Pfarrer Hoffenselder im Rundfunk eine Ansprache über „Die weltanschaulichen Grundlagen der Glaubensbewegung deutscher Christen“. Der Redner erklärte, seien Rasse- und Volkstum volksbildend, so sei das Evangelium gemeindebildend. Ziel der Glaubensbewegung Deutscher Christen sei, der Kirche durch Anerkennung der schöpferischen Macht des Evangeliums die Gemeinde zu schaffen. Das sichtbare Zeichen des Evangeliums sei und bleibe das Kreuz von Golgatha, unter ihm werde auch die deutsche Christenheit des Dritten Reiches die dämonische Kraft des Liberalismus und Untermenschentums überwinden. Allem Konstruierten, allem Theologischen setze die Glaubensbewegung deutscher Christen bewußt das Göttliche, Unausdenkbare, eben das Evangelium entgegen — Die neue Bewegung steht auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Die „Deutschland“ in Dienst gestellt



Die neue Mannschaft begibt sich an Bord des Panzerkreuzers „Deutschland“, der mit dem 1. April in Wilhelmshaven in Dienst gestellt wurde.

Nach der Indienststellung des deutschen Panzerkreuzers „Deutschland“ und „Ersatz Preußen“ und nach dem Stapellauf des Panzerkreuzers B (Ersatz „Lothringen“) wird auf Grund des Reichstagsbeschlusses vom 18. Juni 1929 der vom

Reichstag genehmigte weitere Bauplan für die Kriegsmarine zur Durchführung gelangen: Der Panzerkreuzer Ersatz „Braunschweig“ wurde am 1. Oktober 1932 in Auftrag gegeben; Ersatz „Elsass“ soll im Herbst 1934 in Auftrag gegeben werden. Außerdem sollen 4 Reservezerstörer in den Jahren 1934-36 fertiggestellt werden.

Kleine politische Nachrichten

Der Bad. Landtag auf Grund des Gleichhaltungs-Gesetzes. Auf Grund des Gleichhaltungs-Gesetzes wird der Bad. Landtag folgende Sitzverteilung aufweisen (in Klammern die Ergebnisse der Wahl vom Oktober 1929): Nationalsozialisten 30 Sitze (9), Sozialdemokraten 8 Sitze (18), Zentrum 17 Sitze (34), Deutschnationale 2 Sitze (3), Deutsche Volkspartei mit Wirtschaftspartei 0 Sitze (10), Demokraten 0 Sitze (6), Ev. Volksdienst 0 Sitze (3), auf. 63 Sitze (88).

Politischer Polizeibefehlshaber für Bayern. Aus München wird gemeldet: Um eine straffe und einheitliche Durchführung der Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Staates zu gewährleisten, hat der beauftragte Minister des Innern, Wagner, die Stelle eines politischen Polizeibefehlshabers für Bayern geschaffen und mit diesem Posten den Reichsführer der SS. und gegenwärtigen Münchener Polizeipräsidenten Himmler betraut.

Der Versailler Vertrag in den Schulen. In den nächsten Wochen ist eine reichsrechtliche Regelung zu erwarten, die bestimmt, daß in Zukunft statt der Verfassung in allen deutschen Schulen am Schluß der Schulzeit eine aufklärende Broschüre über die Bedeutung des Versailler Vertrages für das deutsche Volk zur Verteilung gelangt. Im letzten Halbjahr vor dem Schulabgang sollen diese Fragen auch im Unterricht behandelt werden.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag drei Anträge eingebracht, 1. daß das Reichsbeamten-Gesetz bezüglich der Bestimmungen der Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik als zwecklos und nicht mehr zeitgemäß geändert werde, 2. daß die Dienstbestrafungen von Beamten wegen Handlungen im Kampf für die nationale Wiedergeburt rückgängig gemacht werden und 3. daß die Rechtsgültigkeit von Versorgungsbezügen für Beamte, die ohne entsprechende Vor- und Ausbildung gelangt sind, in Reich, Ländern, Gemeinden usw. nachgeprüft werden.

Falschmeldung des Strahburger Rundfunksenders. Der Synagogenrat Bruchsal dröhrt: „Strahburger Rundfunksender hat Sonntag abend Nachricht verbreitet, wonach uniformierte Nationalsozialisten während gestrigen

Gottesdienstes in unsere Synagoge eingedrungen und Väter belästigt hätten. Protestieren gegen diese Nachricht, an der kein wahres Wort. Erbitten Richtigstellung.

Ein Ehrenmal für die Separatistenbezwinger. Das zum Andenken an die Separatistenbezwinger geplante Ehrenmal bei Honnef, wo die Separatisten im Jahre 1923 ihre endgültige Niederlage erlitten haben, wird, wie wir erfahren, am 23. Juli eingeweiht werden. Die Weihe wird von Reichskanzler Adolf Hitler, der das Protektorat für das Denkmal übernehmen wird, persönlich vorgenommen werden.

Vizepräsident Esser verhaftet. Wie der Westdeutsche Beobachter in Köln berichtet, ist dort der Zentrumsabgeordnete und Vizepräsident des Reichstages, Thomas Esser, sowie der Präsident der Handwerkskammer Köln, Welter, und der Syndikus dieser Kammer, Dr. Engels, verhaftet worden. Die Prüfung der Kölner Handwerkskammer habe den Beweis für große Veruntreuungen erbracht.

Erweiterter Bombensfund in Hamburg. In Hamburg wurde an der Hochbahnüberführung am Bahnhof Stadtpark eine in Packpapier eingewickelte Bombe von großer Explosivkraft gefunden. In einem Hause am Müggelkamp konnte von der Polizei eine Flugmine und ein Artilleriegeschob beschlagnahmt werden. Als Eigentümer kommen kommunistische Elemente in Frage.

Gaunerschlagung beim Schleswigschen Bauernverein. In Schleswig wurde das gesamte Schriftmaterial des Schleswig-Vollsteinschen Bauernvereins in Rendsburg und Segeberg polizeilich sichergestellt und die betreffenden Geschäftsräume geschlossen, weil der dringende Verdacht besteht, daß öffentliche Gelder, die dem Verein zur Zeit der marxistischen Regierung überwiesen worden sind, nicht den Zweckbestimmungen zugeführt wurden, für die sie gegeben worden sind.

Der Staatsstreik in Siam. Schimbun Kengo meldet aus Bangkok, daß der König von Siam einen Erlaß über die Bildung einer neuen Volksvertretung unterschrieben hat, deren Mitglieder von ihm persönlich ernannt werden. Der König erklärte in einem Aufruf, er sei zu diesen Maßnahmen gezwungen gewesen, um das Land vor der kommunistischen Gefahr und der Anarchie zu retten.

